Wir Ostpreußen

Verlagspostamt Leer (Ostfriesl.) • Einzelpreis 35 Pf. • Im Abonnement 61 Pf einschließlich Zustellgebühr

Folge 14 Hamburg, 20. Juli 1950 / Verlagsort Leer (Ostfriesl.) Jahrgang 2

Massenaustreibung und Menschenwürde

Von Frhr. von Braun, Göttingen

Die deutschen Völkerrechtler haben das Recht auf die Heimat als eines der wichtigsten menschlichen Grundrechte bezeichnet. Diese einheitliche Ansicht wurde auf der Hamburger Völkerrechtstagung vom April 1950 folgendermaßen formuliert: „Die Trennung der angestammten Bevölkerung von ihrem Heimatboden ohne ihren Willen widerspricht bisher allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes. Daher sollte bei der Kodifikation der Grundrechte des Menschen das Recht auf den Verbleib in seiner Heimat ausdrücklich aufgezählt werden."

Es will uns selbstverständlich scheinen, daß diese Rechtsauffassung übereinstimmend von der internationalen Wissenschaft zum mindesten insoweit bestätigt wird, als sie in demokratischen, nicht totalitär regierten Staaten beheimatet ist. Denn wir wissen aus eigenem Erleben und aus den täglich für uns sichtbaren Folgen der Massenaustreibung, wie durch den Verlust der Heimat nicht nur wirtschaftliche und psychologische Wirkungen für den Betroffenen entstehen, daß vielmehr hierdurch die Existenz von Familie und Einzelmensch in ihren Grundlagen vernichtend getroffen wird. Es gibt jedoch heute noch Wissenschaftler in der Welt, die ein Völkerrecht für denkbar halten, in dem die Verpflanzung ganzer Volksgruppen als rechtlich zulässig gilt.

Von diesen wird nicht nur die Frage aufgeworfen, ob internationale Interessen einen Transfer von Volksgruppen rechtfertigen könnten. Sie glauben darüber hinaus zwischen einer innerstaatlichen Verpflanzung von Menschengruppen und einer solchen über die Staatsgrenzen hinaus oder einer freiwilligen und erzwungenen Umsiedlung unterscheiden zu können.

Von einer Behandlung der Frage kann abgesehen werden, ob überhaupt eine Massenverpflanzung von Bevölkerungsgruppen im staatlichen Interesse liegen kann, d. h. ein geeignetes Mittel zur Erhaltung des Friedens oder zur Förderung des internationalen Einvernehmens ist. Auch der Unterschied zwischen einer Verpflanzung innerhalb eines Staates oder über seine Grenzen hinweg scheint belanglos. Denn die Entscheidung ist ausschließlich davon abhängig, ob dem Menschenrecht, dem einzelstaatlichen Recht oder dem zwischenstaatlichen Recht der Vorrang eingeräumt wird.

Es hieße kollektivem Denken erliegen oder einen totalitären Staatsbegriff fördern, wenn nicht die Menschenrechte in dieser Ordnung den ersten Rang einnehmen würden. Denn Aufgabe von Staat und Staatsgemeinschaft ist Förderung und Schutz menschlicher Lebensgüter. Der Staat handelt innerhalb der eigenen Grenzen und bei Wahrnehmung internationaler Beziehungen als ein Treuhänder der Menschheit, soweit menschliche Lebensgüter in Betracht kommen, die von der ganzen Menschheit als schutzwürdig anerkannt sind. Der zusammenfassende Begriff für diese Güter ist die Menschenwürde. Hieraus ergibt sich für alle Staaten die Pflicht, die menschliche Persönlichkeit zu schützen und zu fördern, und das Verbot, den Menschen als Sache zu behandeln. Der Mensch wird aber zur Sache gemacht, wenn er ohne Berücksichtigung seines persönlichen Willens aus dem Lande seiner Staatszugehörigkeit vertrieben oder auch nur innerhalb der Staatsgrenzen umgesiedelt wird. Es gehört zu den Aufgaben der Staatengemeinschaft, auch solche Uebergriffe zu hindern, die von einem Staat gegen seine eigenen Bürger begangen werden, und häufig ist aus solchem Grunde schon in das innere Leben eines Staates eingegriffen worden.

Nachdem die Deklaration der Menschenrechte durch die UN erfolgt ist, und damit jedem Menschen das Recht auf Domicil überall in der Welt und auf Rückkehr in sein Land bestätigt sowie die willkürliche Entziehung der Staatsangehörigkeit verboten ist, kann die Verpflanzung von Bevölkerungsgruppen nicht mehr rechtens sein.

Auch der Unterschied zwischen einer freiwilligen und zwangsweisen Ueberführung von Menschengruppen und die Genehmigung freiwilliger Umsiedlungen kann in der Praxis nur zu Streitigkeiten führen. Denn um Freiwilligkeit zu sichern, müßte jedes betroffene Individium zugestimmt haben, ohne daß ein staatlicher oder politischer Druck die freie Willensentscheidung beeinträchtigt hätte. Diese Entscheidung des Einzelnen könnte selbst durch Mehrheitsbeschlüsse nicht ersetzt werden, da ein Teil eines Staatsvolkes keinen Gesamtwillen hat, sondern nur aus einer Vielzahl von Einzelpersonen besteht.

Ueber die Massenaustreibung der Deutschen werden Welt und Geschichte nach diesen Gesichtspunkten zu richten haben.

Ostdeutsche Kunst der Gegenwart

(Von unserem Berichterstatter)

Düsseldorf. Die Ausstellung der Gemeinschaft ostdeutscher Künstler in der Kunsthalle in Düsseldorf, die bis zum 14. August andauert, zeigt in ausdrucksvoller Art den Beitrag Ostdeutschlands zum gesamtdeutschen künstlerischen Schaffen seit der Jahrhundertwende auf. War die Eröffnungsfeier eine Stunde der Besinnung, in der alle Teilnehmer sich der Verbundenheit des Ostens mit dem Westen bewußt wurden, so wird die Ausstellung selbst, die sich keineswegs nur an die Kunstbeflissenen wendet, zu einer inneren Begegnung des west- und ostdeutschen Menschen in erheblichem Maße beitragen. Im Gespräche mit vielen westdeutschen Besuchern erfahren wir immer wieder, daß ihnen zwar die meisten der über 100 Namen der Künstler neu sind, daß sie im übrigen aber vergeblich nach dem besonderen Charakteristikum der ostdeutschen Kunst suchen. Mag vielleicht das eine oder andere Landschaftsbild hinweisen auf die Heimat des Künstlers, in den Formen und Richtungen ist kaum ein Unterschied zur westdeutschen Malerei und Plastik erkennbar. Der Nichtexperte findet den Zugang zu den Bildern am schnellsten wohl von den Farben her, die in den Sälen der Kunsthalle in allen Tönen schimmern, glühen und leuchten. Der ostdeutsche Kenner ist beglückt über die Wiederbegegnung mit über 200 Werken (Gemälden, Aquarellen, Zeichnungen und Skulpturen) ostdeutscher Meister. Das Gemeinsame aber kommt am stärksten zum Ausdruck in den Sälen mit Werken bereits verstorbener Künstler, wie der Ostpreußen L. Corinth, K. Kollwitz, des Westpreußen W. Leistikow, des Posener L. Ury, der Schlesier F. Erler, E. Grüthner, K. von Kardoff, A. Menzel, O. Mueller, H. Tüpke, und aus dem böhmisch-mährischen Raum A. Hölzel und E. Orlik. Viele dieser Meister hatten engsten Kontakt mit der Düsseldorfer Schule, und es wundert uns daher nicht, wenn manche Besucher erstaunt darüber waren, deren Werke in dieser ostdeutschen Ausstellung wiederzufinden.

Es war für die Jury keine leichte Aufgabe, aus den über 1500 eingesandten Bildern die Auswahl zu treffen, die zugleich auch die bedeutsamsten Stilarten umfaßt. Es ist daher nur verständlich, daß mancher Besucher manchen Künstler vermissen wird. Die Ausstellungsleitung will daher in Einzelfällen Kunstwerke austauschen, um weitere Künstler in ihren Arbeiten zu zeigen. Und wenn wir hier einige Namen ohne jedes Werturteil nennen, dann nur, um jedes einzelne Land anzusprechen. Es sind u. a. vertreten aus den baltischen Ländern G. von Bochmann, R. Daudert, G. v. Stryk; aus Ostpreußen E. Bischoff, A. Degner, K. Eulenstein, E. Mollenhauer; aus Danzig B. Paetsch, aus Westpreußen L. Bingmann-Drouese, F. Heidungsfeld, A. Kuhnau, B. Paetsch; aus Pommern P. Holzwig, H. Laabs, J. Utech; aus Posen M. Rabcs; aus Schlesien A. Kanoldt, L. P. Kowalski, M. Moll, H. A. Raddatz, W. Ulfig; aus Böhmen und Mähren J. Hegenbarth, A. Kubin, J. Ressel, F. Stelzig und aus Siebenbürgen H. Helfer und A. Sukow von Heyendorff.

Als Ergänzung der Ausstellung hat Niels von Holst in einer ausgezeichneten Schrift „Ostdeutsche Bildkunst" einen Ueberblick über die ostdeutsche Kunst vom frühen Mittelalter bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts gegeben. Das Sozialministerium und das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen haben die Gemeinschaft ostdeutscher Künstler bei dieser Ausstellung ein jeder Weise unterstützt. Es ist nur zu begrüßen, daß die Ausstellung in allen Bundesländern gezeigt werden soll, nicht zuletzt angesichts der Notlage unserer ostdeutschen Künstler.

Die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920

Einige Ereignisse am Rande

Der Blumenregen

Bei bitterer Februarkälte traf die Interalliierte Kommission in Allenstein ein. Das polnische Volk, durch etwa zwei Dutzend Männlein und Weiblein vertreten, hatte sich vor dem Bahnhof eingefunden, um ihre Befreier geziemend im Sonntagsstaat mit Blumen zu begrüßen. Um nach langer Nachtfahrt schnell das Bett zu erreichen, stieg die Hohe Kommission eiligst in die zum Empfang bereitgestellten Wagen. Unter begeisterten Zurufen ergoß sich über das erste Gefährt (mit preußischer Dienstflagge) ein Blumenregen. Es war der vorausfahrende — Botenmeister im Dienstwagen des Allensteiner Regierungspräsidenten.

Die Erfinder des Korridors

Mitunter verzögerte sich die Post aus Frankreich nach Allenstein. Exzellenz Couget glaubte, die deutschen Dienststellen verantwortlich machen zu müssen. Es wurde ihm bedeutet, daß polnische Korridorsperren die Ursache seien. Bei neuerlicher Verzögerung entfuhr der ergrimmten Exzellenz der Ausruf: „Ich möchte den Idioten kennenlernen, der den Korridor erfunden hat!"

Der Jäger Rennie

Sir Ernest A. Rennie, der britische Oberkommissar in Allenstein, war ein leidenschaftlicher Angler und Jäger. Als oberster Chef eines Gebietes mit umfangreichen und hervorragenden fiskalischen Jagden stand es ihm nach deutschem Brauch frei, in den Staatswaldungen um Allenstein zu jagen. Er wandte sich aber an den deutschen Bevollmächtigten Frhr. v. Gayl, und dieser wies den Oberforstmeister an, ihm einen guten Bock freizugeben und dafür zu sorgen, daß er zum Schuß käme. Der zuständige Förster führte Rennie mehrfach, ohne daß der Oberkommissar Erfolg hatte. Eines Tages hatte sich Rennie in Begleitung des Försters endlich an einen starken Bock herangepirscht. In diesem Augenblick trat zwischen ihm und dem Bock ein starker Hirsch aus, den er auf sichere Entfernung hätte erlegen können. Er hatte schon den Finger gekrümmt, als ihm einfiel, daß er mit dem Oberforstmeister nur den Abschuß eines Rehbocks, aber nicht den eines Hirsches verabredet hatte. Infolgedessen setzte er ab. In diesem Augenblick sprang der langgesuchte Bock ab. Der Förster war des Lobes voll über diese anständige Zurückhaltung des allmächtigen Oberkommissars. Es dürfte nicht viele passionierte Waidmänner geben, die in einer Stellung, wie Rennie sie damals bekleidete, so vornehm gedacht und gehandelt hätten. Er bekam den Bock später doch.

Wie Du mir ...

Mit den englischen Soldaten gab es im allgemeinen ein gutes Auskommen. In dem Offizier mußte man den Gentleman sehen, aber man mußte auf gleicher Haltung von der englischen Seite bestehen. Dann waren die Engländer entgegenkommend. — Der neue englische Polizeiinspekteur, Oberst H., machte bei dem Reichskommissar Besuch. Mit Mantel, Mütze auf dem Kopf und Reitpeitsche in der Hand begrüßte er freundlich Freiherrn von Gayl, setzte sich sofort auf eine Ecke des Schreibtisches und klagte, daß es sehr kalt sei. Gayl bestätigte das, ließ sich Mantel und Hut bringen, bekleidete sich entsprechend und setzte sich auf die andere Ecke des Tisches. Bei immer freundlicher Unterhaltung, bot Gayl ihm einen Stuhl an und wählte selbst eine normale Sitzgelegenheit. Oberst H. legte, immer freundlich lächelnd, Mütze, Mantel und Peitsche ab. G. rief die Ordonnanz und befahl: „Nehmen Sie die Sachen des Herrn Oberst und meine mit in die Garderobe. Es ist wieder warm geworden." Beide haben sich seitdem immer gut verstanden.

Die Republik Klyn

Die Grenzgegend um Gilgenburg war bei der Abstimmung eine Wetterecke. Bei der vorläufigen Grenzziehung vor der Abstimmung blieb die Bahnlinie Osterode—Gilgenburg bis etwa drei Kilometer hinter Gilgenburg auf deutschem Gebiet. In der nächsten Nähe von Gilgenburg wohnte auf seinem Gut Bergling einer der energischsten und einflußreichsten Polenführer, Dr. Wilemski, der fast täglich den Besuch des französischen Kreisoffiziers Major Stoll empfing. Neben Bergling lag die Kolonie Klyn. Sie war um die Jahrhundertwende von einem Nachbargut abgezweigt und mit Kolonisten besiedelt worden, die nur wenige Morgen Land besaßen und als Zeitarbeiter auswärts ihr Brot verdienten. Bei der vorläufigen Grenzziehung war Klyn Niemandsland geworden und bildete fast ein Jahr hindurch die selbständige Republik Klyn, die sich allein regierte, keine Steuern zahlte und ein glückseliges Eigendasein führte. Wenn auch die Bürger dieser Republik treudeutsch dachten, so verschmähten sie es doch nicht, für Geld und gute Worte allerhand Volk bei sich aufzunehmen, das die Statistik in ungünstiger Weise beeinflußte. Klyn blieb nach der Abstimmung, ohne seine Volksmeinung kundgetan zu haben, dem deutschen Vaterlande erhalten. Während des russisch-polnischen Krieges wurde Klyn vorübergehend von den Russen besetzt.

Nach dem Siege

Am 12. Juli 1920 teilte Freiherr von Gayl der Interalliierten Kommission in Allenstein die Ergebnisse der Volksabstimmung in Ostpreußen mit. Der britische Oberkommissar gratulierte formell, die anderen Vertreter schwiegen. Der französische Gesandte Chevally machte ein betretenes Gesicht. Nach längerer Pause schüttelte der Marquese Fracassi, der Vertreter Italiens, sein weißes Haupt und murmelte vor sich hin: „Wo bleiben die Sachverständigen von Paris?" Die polnischen Vertreter waren nicht erschienen.

Die polnische Boljuwka

Für Rößel, Allenstein-Land, Ortelsburg, Neidenburg und Osterode sowie für die westpreußischen Kreise Stuhm und Rosenberg wurde von den Polen sogenannte Bojuwkas (Kampfscharen) eingerichtet und unter dem Deckmantel von Sokol-, Gesang-, Arbeiter- und Schützenvereinen getarnt. Sie bestanden zum größten Teil aus arbeitsunlustigen und zu Gewalttätigkeiten neigenden Jugendlichen. Die Werbung erfolgte im ganzen Abstimmungsgebiet, aber auch in Warschau und im eigentlichen Polen. Die Angeworbenen wurden jedoch nur den oben genannten Kreisen zugeteilt. An der Spitze der getarnten Vereine standen polnische Offiziere. Oberster Führer im Abstimmungsgebiet war der polnische Hauptmann Niemierski in Allenstein, der dem polnischen Komitee zugeteilt war und die Abteilung „Militaria" leitete. Unter seinem Befehl standen Stoßtrupps von 150 bis 170 Mann, die in Untergruppen von zwölf Mann eingeteilt waren. Als Reserve wurde zuletzt eine aus Warschauern, Posenern und Westpreußen bestehende Truppe von 300 bis 400 Mann gebildet. Ferner bestanden Pläne, eine polnische Volkswehr und eine Miliz aufzustellen; es fanden sich aber im Abstimmungsgebiet keine Männer dafür. Dagegen bestand die auf 2000 Mann aufgefüllte Bojuwka bis in den Juli 1920 hinein. Die Mannschaften erhielten monatlich tausend Mark Gehalt und entsprechende Zulagen und waren zum größten Teil mit Pistolen bewaffnet trotz des Waffenverbots der Interalliierten Kommission. Die erforderlichen Waffenscheine stellten französische Kontrolloffiziere unter der Hand aus.

Die Bojuwkas sollten wie die entsprechenden Polenverbände in Oberschlesien in den Grenzbezirken örtliche Unruhen hervorrufen, um den Polen Anlaß zu geben, mit irregulären Truppen in die Grenzgebiete einzufallen und deutsche Gebietsteile gewaltsam zu besetzen. Daß es in Ostpreußen nicht dazu kam, ist in erster Linie auf den russisch-polnischen Krieg zurückzuführen, der in der Abstimmungszeit sich an der ostpreußischen Südgrenze entlang zog. Als man den Mitgliedern der Bojuwka Ende Juni 1920 von polnischer Seite mitteilte, daß man ab Mitte Juli auf ihre Dienste verzichten wollte, versammelten sich ihre Vertreter im Hotel Copernikus in Allenstein und beschlossen einhellig, ihre wertvollen Dienste nunmehr den — Deutschen anzubieten, vorausgesetzt, daß man sie anständig bezahlen würde. Es wurde sogar der Gedanke erwogen, in geschlossenem Zuge zum deutschen Reichskommissar zu ziehen und ihm eine Huldigung darzubringen. Doch nahm man davon Abstand. Einige der gekündigten Bojuwka-Leute suchten auf eigene Hand mit dem Deutschen Heimatdienst Fühlung zu nehmen und brüllten in den letzten polnischen Versammlungen den von Worgitzki geprägten Schlachtruf: „Ermland den Ermländern!" und „Raus mit den Warschauern!" begeistert mit. So zerfiel die stolze Kampfschar noch unmittelbar vor der Entscheidung. Die nationallitauische Zeitung „Balsas" in Memel bemerkte dazu: „Die Polen schufen bewaffnete Haufen und schüchterten die Menschen so ein, daß schließlich nicht einmal die Polen von den Polen etwas wissen wollten."

Frau Maria Lehmann

Im Kreise Rößel fand sich kein geeigneter Mann als Kreistellenleiter des Heimatdienstes. Da sprang eine mutige und sehr energische Frau, Maria Lehmann, ein und übernahm diese schwere Aufgabe. Für ihre ersten Fahrten über Land in die entlegenen Dörfer fand sie zunächst keine Begleiter. So mußte sie sich selbst eine kleine Schutzgarde bilden. Es waren rauhe und mitunter etwas fragwürdige Gestalten, die sich ihr anboten, aber sie schützten ihre Führerin. Die Polen haßten sie wütend, und der französische Kreiskontrolleur hätte sie gern ausweisen lassen, wagte es aber nicht, weil sie das unbedingte Vertrauen ihrer Kreisinsassen besaß. Er brachte aber seine Anschuldigungen bei der Interalliierten Kommission in Allenstein vor. Frau Maria Lehmann sollte sich verantworten. Der Reichskommissar verschaffte ihr Gelegenheit, ihre Sache selbst zu verteidigen. Aus ihrer in fließendem Französisch vorgetragenen Verteidigung wurde eine temperamentvolle Anklage gegen die polnischen Umtriebe und den französischen Kreiskontrolleur, so daß der französische Gesandte sie mit dem ehrenden Beinamen „Jeanne d' Arc de Bischofsburg" auszeichnete, der sie mit der bekannten Jungfrau von Orleans in Verbindung bringen sollte. Aber noch einmal empfangen wurde sie in Allenstein nicht.

Dr. Schreiber auf der Abstimmungsfeier in Lübeck

Einigkeit und Recht und Freiheit!

Auf der Abstimmungs-Gedenkfeier in Lübeck am 16. Juli hielt der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Staatssekretär Dr. Schreiber, die folgende Rede:

Sehr verehrte Gäste, Lübecker Bürger und meine lieben ostdeutschen Landsleute!

Der Herr Bundeskanzler hat mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß er Ihnen dafür dankt, daß Sie durch Ihre Einladung ihn in die Gemeinschaft dieser Feierstunde haben aufnehmen wollen, und er hat mich beauftragt, Ihnen zu sagen, wie sehr er es bedauert, daß die Folgen seiner Krankheit, von denen Sie ja Kenntnis haben, ihn verhindern, hierher zu kommen; er hat mich beauftragt, Ihnen seinen herzlichen Gruß zu übermitteln und Sie seiner Teilnahme an unserer Feierstunde zu versichern. Wir wissen aus Gelegenheiten, bei denen er unter der hohen Verantwortung seines Amtes gesprochen hat, wie er die Dinge sieht, die uns heute hier zusammengeführt haben. Er hat in seiner Regierungserklärung bei der Uebernahme seines Amtes gesagt: „Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta. Wir werden nicht aufhören, in einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen", und er hat zusammen mit seiner Bundesregierung, dem Bundesrat und der überwältigenden Mehrheit des Bundestages zu dem kürzlichen Abkommen von Warschau in feierlicher Form im Plenum unserer Volksvertretung erklären lassen: „Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu betreiben." Soeben ist sinngemäß diese gleiche Erklärung zu dem Prager Abkommen über das Sudetenland wiederholt worden. Sie sehen daraus, daß er in dieser Stunde unter uns weilt.

Und nun darf ich als Sprecher unserer Landsmannschaft Ostpreußen und zugleich im Sinne der Sprecher aller anderen deutschen Landsmannschaften, die vorgestern zusammen waren, versuchen, Ihnen das zu sagen, was ich für den Kern und das eigentliche Wesen dieser Stunde halte, die bedeutsam ist durch die Zeit, in der sie stattfindet, und bedeutsam durch den Ort, an dem sie stattfinden darf. Es hat nicht damit sein Bewenden, daß wir heute wieder sagen, was wir alle wissen und worin wir übereinstimmen: daß wir unsere Heimat zu Recht besaßen, und daß wir unsere Heimat lieben, und daß wir unsere Heimat niemals aufgeben dürfen. Es ist noch etwas anderes.

Als ich vor dreißig Jahren vom Rhein nach meiner Geburtsstadt Marienburg fuhr und damals mit vielen anderen meine Stimme in die Urne legte, da war dieser Tag für mich ein Erlebnis; nicht deshalb, weil ich eine Pflicht erfüllte, die mir selbstverständlich war, sondern weil ich erleben durfte, daß diese gleiche Pflicht Zehntausenden von anderen ebenso selbstverständlich war. Und das Erlebnis dieses Tages war das Bewußtsein der Gemeinschaft, der gleichen Pflichterfüllung und der gleichen Pflichtauffassung. Es war das Erlebnis der Gemeinschaft im Bekenntnis zu unserem Lande und zu unserem Volke, das damals zerschlagen und zertreten war.

Die Frage, die der dreißigste Jahrestag dieses Ereignisses heute aufwirft, eine Frage, die zunächst an unser deutsches Volk geht, ist die, ob wir uns damals in der Voraussetzung einer größeren deutschen Gemeinschaft geirrt haben oder nicht. Die Frage dieser Stunde an die deutsche Gemeinschaft ist die, ob wir zu ihr gehören wollen, und zwar ganz und gar mit allen Rechten und mit allen Pflichten, oder ob man uns einer fast zwangsläufigen naturrechtlichen Entwicklung aussetzen will, die sich etwa so ausdrücken läßt, daß auf die Dauer, wenn eine Minderberechtigung praktisch geübt wird, auch das Gefühl einer Minderverpflichtung in dem Minderberechtigten wachsen muß. Wir haben die Entwicklung unseres Schicksals nach der Austreibung in geduldigen Jahren miterlebt und erst seit kurzer Zeit begonnen, sie mitzugestalten. Im Zuge dieser Entwicklung stehen wir in einem bedeutsamen Abschnitt. Wenn man die Krankheit, unter der unser Volk leidet, mit Worten kennzeichnen will, dann drängt sich immer wieder die Feststellung auf: wir waren eine staatliche Gemeinschaft; wir wollen eine staatliche Gemeinschaft sein. Eine staatliche Gemeinschaft kann nur bestehen, wenn sie die Menschen aneinander bindet. Sie setzt voraus, daß die echten Bindungen der menschlichen Gemeinschaft lebendig sind. Die Entwicklung dieser letzten Jahrzehnte aber ist ein ununterbrochener Angriff auf die echten menschlichen Bindungen. Sie hat, nachdem die Bindung der Familie in langsamerer Entwicklung schweren Gefahren ausgesetzt gewesen ist, eine wesentliche Bindung des Menschen, die an seine Heimat, jäh und brutal zerrissen, so daß heute die Frage aufgeworfen ist: welche Bindungen, welche echten und lebendigen Bindungen stehen uns heute denn noch zur Verfügung, um die staatliche Gemeinschaft aufrechtzuerhalten? Und es kann nach meiner Meinung keine größere Sorge geben, als die zerrissenen Bindungen jeder Art aufs sorgfältigste wieder zu knüpfen und sie da, wo sie schwach werden, wieder zu stärken. Und diese Bindungen werden schwach, wo der Glaube der Vertriebenen an ein gemeinsames deutsches Schicksal gefährdet wird.

Ich sagte, wir stehen an einem bedeutsamen Augenblick dieser Entwicklung; denn man kann vieles proklamieren und versprechen und verkünden. Aber einmal kommt der Tag, an dem der Wille zur Tat sich bewähren muß; und ein bedeutsamer Prüfstein für das, was an Gemeinschaftsbewußtsein in uns allen lebendig ist, wird die Entscheidung über den Lastenausgleich sein. Ich denke hier nicht an das Wirtschaftliche, sondern ich denke daran, daß bisher, soweit mir bekannt, ist, noch niemand öffentlich und klar gesagt hat, wir leugnen das Recht der Vertriebenen auf einen solchen Ausgleich; sondern jeder hat erkannt: jawohl, es ist eine Pflicht, es ist eine sittliche Pflicht, diesen Ausgleich des Schicksals im Rahmen des Möglichen herbeizuführen. Aber das genügt nicht. Das genügt insbesondere nicht, wenn solche Erklärungen einen der grundlegenden Berufsstände unseres Volkes nicht hindern, auszusprechen, daß eine höhere Belastung als ein Prozent pro Jahr für ihn nicht tragbar ist. Man wird wissen müssen, daß, wenn die Vertriebenen von einem Ausgleich **s p r e c h e n**, sie auch wirklich einen Ausgleich **m e i n e n**. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe gesagt, ich spreche heute nicht vom Wirtschaftlichen. Denn diese Stunde und das, was in dieser Stunde unter uns lebendig ist, das ist viel mehr. Aber ohne die wirtschaftliche Seite des Lebens können wir nun einmal nicht das leisten, was zu leisten wir geboren sind. Es ist ein eigentümlicher Zusammenhang, daß, als einmal vor Jahrhunderten unsere Heimat deutsches Land wurde, dieses Geschehen die Antwort Europas auf eine lebenswichtige Frage war. Europa mußte sich entweder dem ständig wachsenden Angriff des Ostens aussetzen und damit auf seine Zukunft verzichten, oder es mußte den Entschluß fassen, im Osten die Abwehr wachsen zu lassen. Diese Abwehr ist geschaffen; sie ist gewachsen; wir haben ihre Aufgabe getragen, solange das Schicksal unserer Frauen und Kinder und auch unser eigenes uns die Möglichkeit dazu gab. Jetzt, wo wir vertrieben sind, stellt sich heraus, daß unser Schicksal von neuem eine Wegmarke ist, an der sich grundsätzliche und wesentliche Entscheidungen Europas und sogar der Welt vollziehen werden.

Von einem Punkt sprach ich schon. Es wird sich an unserem Schicksal entscheiden, ob das deutsche Volk eine Schicksalsgemeinschaft ist und bleiben will. Es wird sich aber mehr entscheiden an unserem Schicksal. Wir haben unsere Zukunft nicht auf Gewalt gestellt. Wir stellen unsere Zukunft auf den Glauben daran, daß, je mehr die Welt zu einer Welt zusammenwächst, um so mehr das Recht der Maßstab für die Ordnung werden muß, und daß dieser Maßstab des Rechtes nur die Rechte des Menschen sein können, zu denen die ganze Welt sich in der feierlichsten und verpflichtendsten Form bekannt hat und bekennt.

Und wenn ich sage, daß unser Schicksal eine Wegemarke in dieser Entwicklung ist, dann meine ich das so: wenn nicht die Welt sich dahin verständigt, daß an diesem unserem Schicksal die Herrschaft des Rechtes über die Macht, die Herrschaft der Menschenrechte über andere Machtbestrebungen zum Siege kommt, dann verzichtet sie auf die sittlichen Grundlagen, auf die sie ihre eigene Zukunft aufbauen will. Daß heißt, wenn sie unsere Zukunft endgültig vernichtet, vernichtet sie damit die eigene Zukunft einer nach den Menschenrechten geordneten Welt.

Sie mögen denken, das liegt so weit von uns, was kann ich einzelner zu diesen großen Entwicklungen tun? Nun, meine Freunde, manch einer wird unter Ihnen stehen, der früher einmal auf seinem Grundstück aus Gründen der Vernunft und aus Gründen des Zusammenlebens freiwillig einen Privatweg gestattet hat. Er hat dann sorgfältig darauf geachtet, daß diese Tafel, die den Weg als Privatweg bezeichnet, ja nicht unterging, damit nicht allmählich durch die Gewöhnung und durch die Verjährung seines Rechtsanspruches auf seinem eigenen Weg Boden verloren ging. Die Welt und das Völkerrecht kannten lange das Recht des Eroberers, und das Völkerrecht hat sich in den letzten Jahrzehnten ganz zielstrebig in der Richtung entwickelt, dieses Recht des Eroberers, wenn nicht ganz abzuschaffen, so doch einzuschränken. Es gibt Entwicklungen, durch die nachträglich die vollzogene Tatsache der Eroberung Recht werden kann, dann nämlich, wenn der Betroffene zustimmt, wenn der Betroffene den Einspruch unterläßt, und dann, wenn etwa durch Gewöhnung oder durch einen verjährungsähnlichen Vorgang die Uebereinstimmung der Allgemeinheit den Rechtstitel des Eroberers anerkennt.

Wir dürfen also nicht müde werden. Wir müssen die Tafel mit dem Anspruch auf unser Eigentumsrecht immer wieder errichten. Wir müssen, wenn durch die Gewöhnung

oder durch gutes und schlechtes Wetter die Inschrift unleserlich wird, sie immer wieder erneuern und die Tafel dahin stellen, wo sie als ständige Bekundung unseres einmütigen Willens gegen den Willen des Eroberers weithin sichtbar ist.

Darum ist jede Zusammenkunft unserer Schicksalsgemeinschaft, die diesem Ziele dient, ein Baustein, der ein Fundament baut oder es doch gegen den Verfall sichert, auf dem, wie wir hoffen, die Entwicklung der Zukunft beruhen wird.

Ich weiß, es wäre vergebens, und niemand könnte diese Kräfte wieder zusammenfassen, wenn es nötig wäre, uns zur Einigkeit zu mahnen. Diese Einigkeit, die unter uns besteht, wollen wir bewahren. Wir wollen unablässig und unermüdlich nach unserem Recht rufen, und wir wollen glauben und vertrauen, daß der Wille zur Freiheit, der die freie Welt trägt, uns nicht ausschließen kann, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Und so wollen wir auf Einigkeit und Recht und Freiheit unseren unerschütterlichen Glauben an die Zukunft aufbauen auch mit dem Erlebnis dieser Stunde. Und wir wollen in dem Gebet, das nun seit dreißig Jahren die immer wieder gefährdeten ostdeutschen Menschen in den politischen Kundgebungen ihrer Heimat begleitet, in den Worten des Niederländischen Dankgebetes, all diesen Willen, all diesen Glauben, all dieses Vertrauen und alle unsere Liebe zusammenfassen, in dem Lied und in dem letzten Aufschrei und Gebet: Herr, mach uns frei!

Das „endgültig verlorene" Ostpreußen

Ein Briefwechsel Dr. Gille — Nordwestdeutscher Rundfunk

Wir berichteten in Folge 12 unter der Ueberschrift „Was vom NWDR gesendet wird" über die geradezu verantwortungslose Einstellung, die bei einzelnen Stellen des NWDR zu der Frage der Wiedergewinnung unserer geraubten Ostgebiete vorhanden ist. In einer Sendung war z. B. gesagt worden, daß Ostpreußen und Oberschlesien für Deutschland endgültig verloren sein dürften.

In dieser Angelegenheit hat der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. G i l l e, an den Generaldirektor des NWDR, Minister a. D. Dr. Grimme, das folgende Schreiben gerichtet:

11. Juli.

Sehr geehrter Herr Minister!

Am 12. 6. wandte sich die Landsmannschaft Ostpreußen durch ihren Geschäftsführer an Sie und teilte Ihnen mit, daß in Sendungen des Ihrer Verantwortung unterstehenden NWDR zu unserer Forderung auf Rückgabe der uns geraubten ostpreußischen Heimat in einer Weise Stellung genommen wird, gegen die wir aufs schärfste Verwahrung einlegen müssen. Herr Werner Baecker bezeichnet es in einem Schreiben als „instinktlos und anmaßend", zu diesem Zeitpunkt überhaupt von einer Rückkehr in die Heimat zu sprechen. Frau Kohrs äußerte sich im Hamburger Wirtschaftsfunk wie folgt:

„Dabei muß man sich doch darüber klar sein, daß hier nur an die Gebiete jenseits der Oder und Neiße in den Grenzen von 1937 ohne Ostpreußen und Oberschlesien gedacht werden kann, denn diese beiden Gebiete dürften für Deutschland endgültig verloren sein, da sich wohl auch bei den Westalliierten niemand finden wird, der seine Stimme für diese Gebiete erhebt."

Schließlich hat sich Herr Dr. Lothar Mischke dahin geäußert, daß er es für zwecklos halte, wenn wir immer wieder unsere Rechtsansprüche geltend machen. Mit Rechtsbegriffen sei wenig anzufangen, es handele sich nur um eine Entscheidung brutaler Machtpolitik.

Der Geschäftsführer der Landsmannschaft hatte Sie gebeten, zu diesen Vorfällen Stellung zu nehmen. Da bis zum heutigen Tage eine Antwort nicht eingegangen ist, werde ich nun diese Angelegenheit auf einer Abstimmungsfeier der Ost- und Westpreußen in Düsseldorf am Sonntag, dem 16. 7., erörtern und in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck bringen, daß wir unter keinen Umständen gewillt sind, diesen Verrat an unserer Heimat seitens maßgeblicher Mitarbeiter des NWDR stillschweigend hinzunehmen. Ich werde die Vorwürfe auch gegen Ihre Person erheben, falls ich bis dahin nicht eine eindeutige Erklärung erhalte, daß Sie sich von diesen Entgleisungen Ihrer Mitarbeiter absetzen und gewillt sind, diese Personen schnellstens aus dem Mitarbeiterkreis des NWDR zu entfernen.

Diesen Brief werde ich nach dem 16. 7. der Presse zur Veröffentlichung übergeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Dr. Gille.

Am 17. Juli, nach seiner Rückkehr von der Kundgebung in Düsseldorf, fand Dr. Gille die folgende Antwort von Generaldirektor Dr. Grimme vor:

13. Juli.

Sehr geehrter Herr Gille!

Ich erlaube mir, Ihnen als Anlage Abschrift eines Schreibens an den Herrn Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen zu übersenden, das sich mit der in Ihrem Brief vom 11. Juli beanstandeten Sendung des NWDR befaßt.

Ich hoffe, damit Ihrem berechtigten Anliegen Rechnung getragen zu haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Grimme

Der in diesem Schreiben erwähnte Brief von Dr. Grimme an Minister Kaiser hat den folgenden Wortlaut:

13. 7. 1950.

Sehr verehrter Herr Minister!

Auf Ihr Schreiben vom 23. Juni — I-4-2555/50 — betr. Wirtschaftsfunk, teile ich Ihnen mit, daß ich der darin zum Ausdruck gebrachten Kritik der — übrigens nicht von Frau Kohrs verfaßten — Sendung „Eine wirtschaftliche Notwendigkeit" vom 5. 6. 50 in vollem Umfange beitrete. Ich bedauere, daß diese befremdliche Auffassung über Ostpreußen und Oberschlesien im Rahmen eines NWDR-Kommentars zu Wort gekommen ist.

Sobald sich ein entsprechender Anlaß bietet, wird der NWDR diese Frage nochmals aufgreifen und in einem der Sache angemessenen Sinne behandeln."

Mit vorzüglicher Hochachtung
und den besten Empfehlungen
Grimme

*

Zu diesem Briefwechsel ist folgendes festzustellen:

1. Die Landsmannschaft Ostpreußen hat auf ihr Schreiben vom 12. Juni von Generaldirektor Dr. Grimme bisher überhaupt keine Antwort erhalten.

2. Das Schreiben von Bundesminister Dr. Kaiser an Dr. Grimme vom 23. Juni wurde erst beantwortet, als Dr. Gille in seinem Schreiben vom 11. Juli an Dr. Grimme dargelegt hatte, daß er diese Angelegenheit auf der Kundgebung in Düsseldorf erörtern und seinen Brief nach dem 16. Juli der Presse übergeben werde.

3. Zu den Fällen Baecker und Dr. Lothar Mischke, die in dem Schreiben der Landsmannschaft von 12. Juni erwähnt worden sind, nimmt Generaldirektor Dr. Grimme überhaupt keine Stellung. In der Politischen Redaktion des NWDR sind also weiterhin Kräfte tätig, die es als instinktlos und anmaßend erklären, daß wir jetzt überhaupt von einer Rückkehr in unsere Heimat sprechen, und die — wir verweisen auf unsere Ausführungen in Folge 12 — der Meinung sind, daß erst sehr viel später, wenn sich unsere internationale Position entsprechend gestärkt habe, der Anspruch auf Rückgabe der abgetrennten Gebiete folgen könne.

Es dürfte klar sein, daß die ganze Angelegenheit mit der unbefriedigenden Antwort von Dr. Grimme an Dr. Gille keineswegs erledigt ist.

Für ein europäisches Flüchtlingsamt

Rheinfelden. Auf der deutsch-französischen Parlamentarier-Konferenz in Rheinfelden, an der 45 deutsche Abgeordnete — darunter viele Vertriebene — und ebensoviele französische Abgeordnete teilnahmen, wurde von der Kommission für Flüchtlingsfragen der Konferenz folgender Beschluß gefaßt, in dem das Arbeitsergebnis der Kommission zusammengefaßt wird:

„Die an der zum 19. Juni auf Veranlassung des Generalsekretärs der Europäischen Parlamentarier-Union einberufenen Deutsch-Französischen Konferenz beteiligten Parlamentarier verpflichten sich, alles Nötige zu veranlassen, um die Schaffung einer Sonderkommission für Flüchtlingsfragen (a. D. P., b. Flüchtlinge, c. Vertriebene) beim Europarat zu erreichen zwecks Bildung eines Europäischen Flüchtlingsamtes, welches durch alle Nationen mittels einer moralischen und materiellen Hilfe unterstützt werden soll. Sie erachten es für wünschenswert, die heute auf die Frage der DPs und auf die juristische Seite des Problems der Staatenlosen beschränkte Zuständigkeit des Hohen Kommissars bei der UNO auf den gesamten Flüchtlingsfragenkomplex auszudehnen, insoweit das Problem, international gesehen, zu Besorgnissen Anlaß gibt."

Mr. Newman besuchte Flüchtlingsbetriebe

Strierstadt/Ts. Der amerikanische Landeskommissar für Hessen, Mr. Newman, besuchte mit Journalisten am 12. Juni die Glasindustrie der Heimatvertriebenen in Strierstadt im Taunus. Die Betriebe, die zum größten Teil aus dem Sudetenland, besonders aus Gablonz, hier ihre neuen Werkstätten errichtet haben, bezeichnete Mr. Newman als fortschrittlich und wegweisend für die gesamte Glasindustrie. Besonders wurde hervorgehoben, daß die Flüchtlingsbetriebe, die mit Krediten von insgesamt 350 000 DM wiedererrichtet wurden, schon heute wieder Millionenwerte schaffen. Die Glasindustrie der Heimatvertriebenen in Strierstadt beschäftigt bereits mehr als 500 Arbeiter. Hierbei wurde bekannt, daß der hessische Staat 500 000 DM als Kredite zu ermäßigten Zinsen für Flüchtlingsbetriebe bereitgestellt hat.

München. In München trafen sich Delegierte aus annähernd 100 Kreisen Bayerns, die rund 200 000 organisierte Mitglieder vertraten, um die bei der Tagung vertretenen Verbände zu einem L a n d e s v e r b a n d d e s Z. v. D. zusammenzuschließen. Der Z.v.D. stützt sich damit auf die Landesverbände aller Bundesländer und umfaßt insgesamt 1,5 Millionen Vertriebene.

"Gebt uns unsere Heimat wieder!"

Dr. Gille sprach auf der Abstimmungsfeier in Düsseldorf

Auf der Abstimmungsfeier, die am 16. Juli in Düsseldorf stattfand — wir berichten darüber an anderer Stelle dieser Folge — hielt der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Gille, die Hauptrede.

Dr. Gille, von den Tausenden mit stürmischem Beifall begrüßt, führte in seiner Rede u. a. folgendes aus:

Drei volle Jahrzehnte sind seit jenem 11. Juli 1920 ins Land gegangen. Was geschah damals? Es war nicht so, daß wir ost- und westpreußischen Menschen damals zu einem Reich hinströmten, das etwa in Glück und Fülle lebte. Deutschland wurde wenige Monate vorher in Versailles in Ketten gelegt. Not und Sorge mußten also in den nächsten Jahren erwartet werden. Dennoch bekannten sich damals die Ost- und Westpreußen zu ihrem Land, nach dem der Pole seine Hand ausstreckte. Sie bekannten sich zu Deutschland, das sich in Not und Sorge befand. Die Heimatliebe hat wohl kaum jemals so ohne jede Spur einer



Selbstsucht und eines Eigennutzes Ausdruck finden können, wie damals. Wir konnten keinen klingenden Lohn erwarten für dieses Bekenntnis, sondern wir konnten nur erwarten, daß wir gemeinsam mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern in allen Teilen des Reiches Not, Sorge und Elend gemeinsam tragen mußten. Wir bekannten uns trotzdem zu Deutschland. **Wir möchten gern, daß auch das westliche Deutschland das heute weiß und sich dessen erinnert!**

Nun leben wir seit 1945 getrennt von der Heimat, in Not und Sorge, in einem Elend, von dessen Ausmaß sich kaum jemand eine rechte Vorstellung machen kann. In dieser Zeit der Not treten wir hier zusammen und bekunden unseren Willen:

> **Ost- und westpreußische Heimat! Wir lassen dich nicht! Nie und nimmer! Komme, was kommen mag! Jahre können vergehen, vielleicht auch Jahrzehnte. Solange Menschen leben, die dieses Deutschland ihre Heimat nennen, werden wir nicht aufhören, zu rufen und zu schreiben: „Gebt uns unsere Heimat wieder!"** (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

In der Politik gibt es vorsichtige Menschen, die meinen, es störe, wenn wir immer wieder so rufen. Es störe die Geruhsamkeit, die Behaglichkeit, es störe vielleicht auch amtliche Schritte der deutschen Politik. Ich glaube nicht, daß diese Menschen recht haben. Wir kommen nicht mit dem Standpunkt weiter, daß wir die Taktik einschlagen: Immer daran denken, nie davon sprechen! Wenn wir das Ziel erreichen wollen, wenn wir wollen, daß das ganze deutsche Volk immer daran denkt, dann müssen wir doch reden! Sonst denkt man vielleicht doch nicht daran. Es kann auch nicht schaden, wenn die Führung der deutschen Politik und die Führung der internationalen Politik immer wieder daran erinnert wird, daß das Problem der Ostvertriebenen immer noch ungelöst ist. Deshalb müssen wir reden, auch auf die Gefahr hin, daß wir hier und da etwas unangenehm auffallen. Auch wenn der Zungenschlag einmal nicht ganz mit amtlichen Noten und Verlautbarungen übereinstimmt. Aber wir sind in diesen Fragen mit der verantwortlichen Führung der deutschen Politik gar nicht uneins. Wir wollen an diesem Tag mit Dankbarkeit anerkennen, daß der Deutsche Bundestag und die Deutsche Bundesregierung in einer seltenen Einmütigkeit sich für unsere Heimat ausgesprochen haben gegenüber dem frevelhaften Versuch der Marionettenregierung Pieck-Grotewohl, auf dieses Stück Deutschland zu verzichten. (Pfui-Rufe.)

Meine lieben Landsleute! Wir haben dazu deutlich unsere Ansicht gesagt. Man kann nur auf etwas verzichten, was man einmal besessen hat! Ich weiß nicht, mit welchem Rechtstitel die Herren Pieck und Grotewohl auf Ost- und Westpreußen, auf Pommern und Schlesien verzichten wollten! Leute dieses Schlages haben niemals dieses Land besessen! In dieser Forderung wissen wir uns mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes einig. Manchmal werden wir allerdings nicht den Eindruck los, als ob man dieses Problem doch sehr unter einem materiellen Geschichtspunkt sieht. Manchmal schwingt ein Ton in den Erklärungen mit, der bedeuten könnte: „Je eher Ihr zurückkommt, desto schneller werden wir mit den Sorgen fertig, die Ihr uns heute bereitet!" Dieser Ton darf im Rahmen unserer Forderung auf Rückgabe der Heimat niemals zu hören sein. Es geht ja nicht um etwas Materielles. Es geht um viel mehr. Unser staatliches und gesellschaftliches Leben krankt hoffnungslos daran, daß Bindungen, die in früheren Jahrzehnten selbstverständlich waren, heute nicht mehr gelten und sich nicht mehr durchsetzen können. Wir müssen deshalb alles, was an echten Bindungen, ohne die eine Ordnung und Gemeinschaft nicht auskommen kann, noch vorhanden ist oder wieder hergestellt werden kann, suchen und danach streben, diese Bindungen wieder zur Geltung kommen zu lassen. Es gibt keine stärkere Bindung für eine Gemeinschaft und eine Ordnung, als die heiße Liebe zu dem Boden, aus dem man entstammt.

In dieser Stunde muß ich aber auch ein ernstes Wort der Kritik sagen. Allerdings hatten wir geglaubt, das, was wir hier vorzutragen haben, etwas geräuschloser, vielleicht sogar ohne Inanspruchnahme der Oeffentlichkeit, erledigen zu können. Das ist aber leider nicht möglich. Ich habe einige ernste Worte an den Nordwestdeutschen Rundfunk zu richten. Meine Damen und Herren! Im Laufe der vergangenen Wochen ist es mehrfach vorgekommen, daß in Sendungen des NWDR zu unserer Heimatfrage, zu unserer heimtpolitischen Forderung sehr, sehr törichte Worte gefallen sind! (Pfui-Rufe.) In einer Sendung des Wirtschaftsfunks wurde ganz nüchtern „festgestellt", daß Ostpreußen und Oberschlesien für uns endgültig verloren wären. (Dr. Gille gibt dann die bekannten Einzelheiten wieder, die auch in seinem an anderer Stelle dieser Folge veröffentlichten Briefwechsel mit Dr. Dr. Grimme enthalten sind.)

Meine lieben Landsleute! Wir haben versucht, das durch einen Schriftwechsel zu klären. Die Antwort war jedoch, daß man es „als instinktlos und anmaßend" empfinde, wenn die Heimatvertriebenen dauernd nach ihrer Heimat riefen! (Erneute Pfui-Rufe.) Daher richte ich jetzt also im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die wir uns selbst gegeben haben und auch tragen, an Minister Grimme die dringende Bitte, sich einmal seine Mitarbeiter etwas genauer unter die Lupe zu nehmen! (Anhaltender Beifall, Zurufe: Sehr richtig!)

Wir sind unter keinen Umständen gewillt, uns von verantwortungslosen Schwätzern, die entweder zu dumm oder zu böswillig sind, um das Problem in seiner ganzen Größe zu sehen, unsere Forderung auf Rückkehr in unsere Heimat, hinter die sich der ganze Bundestag, die Bundesregierung und darüber hinaus weite Kreise Westdeutschlands stellen, etwa „wurmstichig" machen zu lassen. Da muß schnellstens Wandel geschaffen werden. Wir erheben unsere warnende Stimme und rufen alle Instanzen auf, die Leute restlos zu beseitigen, die auf Grund der chaotischen Verhältnisse von 1945 auf solche wichtigen Posten gelangt sind und noch immer unbemerkt an Stellen sitzen, an denen sie nichts zu suchen haben! (Stürmischer Beifall.)

Es ist nicht zweckmäßig, im Rahmen einer Feierstunde in die Niederungen des politischen Tageskampfes zu gehen. Erwarten Sie, meine lieben Landsleute, also nicht, daß ich zu den vielen brennenden Problemen Stel-

lung nehme, die uns heute auf den Nägeln brennen und um die hart und erbittert gerungen wird.

Einen Gedanken aber möchte ich aussprechen. Vielleicht hilft das auch, das Problem lösbar zu machen. Ich meine den Lastenausgleich. Ich bitte, die Dinge einmal ganz ruhig und leidenschaftslos von einer anderen Warte zu sehen. In einigen Reden klang schon an, daß es nicht allein damit getan ist, den deutschen Osten zurückzuverlangen und sich dann in Düsseldorf eine D-Zugkarte zu lösen und in Königsberg auf dem Hauptbahnhof wieder auszusteigen, den alten, vielleicht verrosteten Hausschlüssel zu nehmen und aufzuschließen und dann da wiederanzufangen, wo wir 1945 aufgehört haben. Wenn eines Tages die glückliche Stunde der Rückkehr schlägt und die Möglichkeit gegeben ist, die deutschen Ostgebiete wieder zu deutschem Land zu machen, dann steht vor uns, ja vor dem ganzen deutschen Volk eine Aufgabe von einer Größe, wie sie Deutschland wahrscheinlich noch nie gestellt war, eine Aufgabe, die nicht allein von den paar Millionen Heimatvertriebenen gelöst werden kann. Hinter unserem Rücken muß ein wirtschaftlich gesundes Deutschland stehen, das in einer sozial gerechten Ordnung eine Gemeinschaft aller deutschen Menschen bildet. Wer soll diese Aufgabe aber einmal lösen? Wir? Unsere Kinder? Sie werden diese Aufgabe zu lösen haben. Aber nehmen wir einmal an, daß es noch Jahre dauert. Sind dann unsere Kinder überhaupt in der Lage, diese Arbeit zu leisten, wenn es nicht anders wird als bisher? **Das ganze deutsche Volk — nicht nur wir allein — muß fordern, daß die Fähigkeiten, die beruflichen Anlagen unserer heranwachsenden Jugend geschult werden, auch wenn sie nicht gleich verwertbar sind.** Dann können sie eines Tages in der Lage sein, diese große Aufgabe anzupacken. Aber auch wir Erwachsenen, die im beruflichen Leben gestanden haben, dürfen nicht die Hände in den Schoß legen. Ein Sprichwort lautet: „Wer rastet, der rostet!" Wenn wir aber fünf bis zehn Jahre unsere beruflichen Fähigkeiten nicht mehr üben, dann gehen sie eines Tages verloren. Diese Entwicklung befürchten wir besonders in der Landwirtschaft, bei unseren ostvertriebenen Bauern. Sie müssen mit dem Boden in Verbindung gebracht werden. Wir wollen kein Eigentum haben. Unsere Bauern wären auch schon mit dem Boden verbunden, wenn sie auf Pachtland wieder den Pflug ziehen könnten. Wir bitten daher, den Lastenausgleich auch in diesem Sinne zu verstehen. Die Mittel und die Möglichkeiten müssen geschaffen werden, damit die jetzt brachliegenden beruflichen Möglichkeiten der ostdeutschen Menschen nicht rasten und nicht rosten, ja schließlich verloren gehen. Ferner müssen Möglichkeiten geschaffen werden, daß wir unseren Kindern das gleiche Bildungsgut und fachliche Können weiterreichen können, wie es der einheimischen Bevölkerung möglich ist. Dann können unsere Kinder in unsere Fußstapfen treten, falls ein Teil von uns vielleicht für die Lösung der großen Aufgabe nicht mehr die nötige Spannkraft haben sollte. Der Lastenausgleich — unter diesem Gesichtspunkt gesehen — ist ein Opfer Westdeutschlands für die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete! (Beifall.)

Nicht als Bettler gekommen!

Im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen fallen auch einmal harte und bittere Worte. Es geht ja nicht um kleine Dinge. Bei uns geht es um Sein oder Nichtsein. Man muß doch dafür Verständnis haben, daß man das nicht mit leisen Worten sagen kann, was gesagt werden muß. **Wir Heimatvertriebenen legen entscheidenden Wert darauf, daß die Bevölkerung Westdeutschlands unser politisches Wollen auf dem Gebiet der Heimat- oder der Innenpolitik nie so verstehen möchte, als ob wir einen Keil oder eine Angriffsspitze gegen die einheimische Bevölkerung bilden wollen.** Nichts liegt uns ferner. Wenn überhaupt eine Gruppe von Menschen kein Interesse daran haben darf, das deutsche Volk aufzusplittern und in Richtungen und Bestrebungen aufzuspalten, die nicht mehr zu einander finden, dann sind das wir Heimatvertriebenen. Wir wissen, daß unsere Forderung auf Rückkehr in die Heimat nur dann verwirklicht werden kann, wenn das ganze deutsche Volk geschlossen diese Forderung als eine Herzenssache erhebt.

Notwendig ist es aber, in diesem vom Krieg so heimgesuchten Westdeutschland, das die unerhört schwere Last von acht Millionen heimatvertriebenen Menschen zu tragen hat, zu einem Aufbau einer ehrlichen, neuen sozialen Ordnung zu kommen. Vielleicht haben gerade wir dem deutschen Volk hierbei etwas zu bieten. Niemand kann so wie wir vorurteilslos und frei von Hemmungen und Bindungen, die Besitz und Wohlstand ja immer bedeuten, bei der Lösung solcher Fragen sein. Vielleicht steckt darin sogar der Sinn unseres Schicksals. Vielleicht müssen wir dieses harte und schwere Schicksal tragen, weil wir dem deutschen Volk helfen sollen, eine gerechte Ordnung des Wirtschaftslebens zu finden, die auch Zeiten der Stürme und der Not überdauern kann.

Das Jahr 1950 wird für uns Heimatvertriebene vielleicht in vielen Dingen e i n J a h r d e r E n t s c h e i d u n g werden. In diesem Jahr werden vielleicht Fragen zur Entscheidung heranreifen, die für uns wirtschaftliche Bedeutung haben. Das Problem des Lastenausgleichs geht mit einem Tempo in die Beratungen, wie wir es uns schneller kaum denken können. Ich kann mitteilen, daß bereits am nächsten Mittwoch der Vizekanzler Blücher die Vertreter der Heimatvertriebenen empfangen wird, um mit ihnen Grundsatzfragen des Lastenausgleichs zu erörtern. Der Vizekanzler erfüllt damit ein Versprechen des Bundeskanzlers, das dieser uns vor Wochen gab. Damals sicherte er uns zu, daß diese schweren Fragen nicht eher in Ausschüssen oder im Bundeskabinett behandelt würden, ehe er als Leiter der deutschen Politik nicht Gelegenheit gehabt habe, mit den Vertriebenen-Vertretern in aller Ruhe und Gründlichkeit zu sprechen. In dieser Unterredung und auch später werden wir uns immer wieder auf den Standpunkt stellen, daß wir einen Rechtsanspruch darauf haben, daß ein Teil der Lasten, die wir bisher getragen haben, auf breitere Schultern gelegt wird. Es muß mit offenem Visier gekämpft werden. Wir wissen, daß es nicht leicht ist, diese Fragen zu lösen. Wir denken auch nicht daran, Forderungen zu erheben, die die Wirtschaft in Gefahr bringen könnten. Wir dürfen natürlich nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen. Grundsätze aber, wie sie der Bundesfinanzminister in letzter Zeit verkündet hat, stehen einem gerechten Lastenausgleich im Wege. Die von ihm geäußerten Gedanken sind völlig unvereinbar mit der feierlichen Regierungserklärung der Bundesregierung. Sie hat einen direkten Lastenausgleich zugesagt. (Beifall.) Wir verlangen einen Rechtsanspruch und eine echte Vermögensumschichtung. (Beifall.) Der Lastenausgleich darf nie und nimmer in der Form von Fürsorgemaßnahmen nach dem Vorbild des Soforthilfegesetzes erledigt werden. (Beifall.)

Im Rahmen dieser Erörterungen haben wir seit Monaten ein Gesetz gefordert, das die Möglichkeit schafft, die Schäden einwandfrei festzustellen, die wir alle erlitten haben. Die Erörterungen kranken daran, daß jeder von Zahlen ausgeht, für die der Nachweis fehlt. Wir sehen aber auch unsere Forderung zur Schadensfeststellung nicht nur im Sinne einer Untermauerung unserer materiellen Ansprüche im Lastenausgleich. Durch eine amtliche Nachprüfung und Feststellung muß bescheinigt werden, wie groß unser Opfer gewesen ist, das wir für Deutschland haben bringen müssen. **Wir möchten ein für alle Mal bescheinigt haben, daß wir nicht als Bettler und Lumpen aus dem Osten gekommen sind, sondern daß wir aus einer wohlgeordneten, blühenden deutschen Wirtschaft, an der Generationen gearbeitet haben, herausgeworfen worden sind.** (Beifall.) Es scheint nötig zu sein, daß unsere Kinder wissen, aus welchem Nest sie gekommen sind. Diese Dinge haben nichts mit Geld zu tun. Es fällt in das Gebiet der Bindungen, aus denen rechtliche Verpflichtungen erwachsen.

Mehr möchte ich in dieser Stunde zu den Problemen der Politik nicht sagen. Diese Stunde steht ja unter dem flammenden Leitwort: „Gebt uns unsere Heimat wieder!" Auch in Zukunft werden wir, wie in der Vergangenheit, diszipliniert unsere Forderungen vertreten. Wir werden uns nicht zu ungesetzlichen Maßnahmen hinreißen lassen. Ich weiß nicht, ob der Westen Deutschlands überhaupt richtig begriffen hat, was er der disziplinierten Haltung dieser Millionenmasse der Heimatvertriebenen eigentlich verdankt! (Zurufe: Sehr richtig!) Es hätte auch anders sein können!! Diese acht Millionen kamen in Not und Elend. Sie fühlten sich gebunden an die sittlichen Maßstäbe, die sie auch in der Heimat anerkannten. Es hätte auch dahin kommen können, daß sie sich aus Verzweiflung von diesen Bindungen gelöst hätten. Was wäre dann wohl aus Deutschland geworden? Was wäre aus dem Aufbau dieses Landes geworden, wenn wir in den fünf Jahren die Nerven verloren hätten und uns nicht mehr einer schicksalsgebundenen Gemeinschaft verpflichtet gefühlt hätten? Wir werden aber unsere bisherige Linie nicht verlassen. Westdeutschland kann gewiß sein, daß die Heimatvertriebenen eine Gemeinschaft sind, in der die sittlichen Grundsätze noch gelten. (Beifall.)

Wenn in dieser Stunde Tausende von Menschen hierher gekommen sind, dann nicht deshalb, weil sie hoffen oder glauben, daß sie einen Teil des Lastenausgleichs mit nach Hause nehmen können, sondern **um zu bekunden, daß sie in der Liebe zur Heimat treu stehen, auch wenn es ihnen schlecht geht. Sie bekunden, daß sie noch nicht vergessen haben, was sie dieser Heimat schuldig sind.** (Beifall.)

Oft wird uns die Frage vorgehalten: Heimatvertriebene, wohin geht Euer Weg? Wir wollen die Antwort geben: **Wenn es nach unserem Willen geht, dann soll unser Weg nicht in ein neues Chaos, in neues Unheil gehen, sondern dann soll unser Weg als Heimatvertriebene gemeinsam mit der einheimischen Bevölkerung in harter und zäher Arbeit in eine schönere, bessere deutsche Zukunft und in ein geeintes Europa führen!"** (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Ein Gesetzentwurf über Schadensfeststellung

Am 12. Juli wurde von den heimatvertriebenen Abgeordneten im Bundestag endlich der Gesetzantrag über die Feststellung der Schäden der Heimatvertriebenen eingebracht. Es hat lange, allzulange Zeit gedauert, bis sich die Abgeordneten zu diesem Schritt entschlossen haben. Jetzt ist es endlich soweit. Jetzt wird der Bundestag schon vor der Verabschiedung des Gesetzes über den Lastenausgleich selbst zur Frage Stellung nehmen müssen, ob er den Lastenausgleich ernst nimmt und wie weit er die Mitwirkung und Mitverantwortung der Organisationen der Heimatvertriebenen bei der Durchführung des Lastenausgleiches anerkennen will.

Endlich ist auch der Versuch gemacht worden, die Initiative aus der Hand Schäffers zu nehmen, nachdem der Bundesfinanzminister monatelang mit den verschiedensten Mitteln jeden wirklichen Fortschritt in der Lastenausgleichsfrage hintertrieben hat. In der letzten Zeit war in weiteren Kreisen der Heimatvertriebenen die Frage immer lauter und dringender geworden, warum die Abgeordneten mit der Einbringung des Gesetzes zögerten. Es ist in dieser Hinsicht fraglos kostbare Zeit vergangen, und vor allem hat durch diese all zu sehr abwartende Haltung Herr Schäffer zu viel Möglichkeiten erhalten, im Trüben zu fischen. Nun, besser spät, als gar nicht. Trotzdem wird die unsichere Haltung der Abgeordneten in dieser Frage manchen Anlaß dazu geben, um die Haltung der heimatvertriebenen Abgeordneten in Bonn gerade in wichtigen, die Heimatvertriebenen angehenden Fragen von Zeit zu Zeit ernsthaft zu überprüfen. Vergessen wir nicht, daß die heimatvertriebenen Abgeordneten immer wieder vor die Frage einer richtigen Politik gestellt werden, die auf der einen Seite die Interessen der Heimatvertriebenen unentwegt im Auge behält, auf der anderen Seite aber auch den Umstand in Betracht zieht, daß die Abgeordneten doch Mitglieder von Fraktionen sind, die ihre Sonderinteressen aufweisen. So mag es für die heimatvertriebenen Abgeordneten nicht immer leicht und einfach sein, den richtigen Weg zwischen diesen beiden Pflichten zu finden.

Wir haben schon mehrfach auf die große Bedeutung der Feststellung der Schäden hingewiesen. Selbst auf die Gefahr hin, uns zu wiederholen, wollen wir noch einmal hervorheben, daß die Feststellung der Schäden für uns Heimatvertriebene von einer Wichtigkeit ist, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Schon rechtlich und moralisch gesehen werden wir nach einer amtlich beglaubigten Feststellung der Schäden, die wir erlitten haben, immer in der Lage sein. Schwarz auf Weiß darzutun, was wir besessen und in der Heimat unser eigen genannt haben. Diesem Umstand kommt eine beachtliche Bedeutung im Sinne der Wertung der Einzelpersönlichkeit zu. Wie leicht geschieht es, daß jeder Heimatvertriebene sich der üblichen Ansicht gegenüber sieht, jeder Heimatvertriebene übertreibe, jeder habe im Osten ein Rittergut besessen, jeder behaupte, er hätte ein Vermögen, ein Haus oder eine prachtvoll eingerichtete Wohnung gehabt. Wie oft glauben die Einheimischen, daß die Heimatvertriebenen halbe Hochstapler und Schwindler sind.

Jetzt soll wirklich festgestellt und amtlich bekräftigt werden, was Du und ich, was jeder von uns in der Heimat an beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu Recht besessen haben.

Das Gesetz über die Schadensfeststellung hat aber für uns Vertriebene noch eine besondere Bedeutung im Rahmen unserer eigenen Organisationen, stellt es doch die Frucht einer engen Zusammenarbeit zwischen dem ZvD und den Landsmannschaften dar. Ohne große Erklärung nach außen hin haben Vertreter des ZvD und der Landsmannschaften sich an den runden Tisch gesetzt, um bei gemeinsamer Beratung und Arbeit den ersten Gesetzentwurf festzustellen, der von größerer Bedeutung ist. Diese Tatsache soll man nicht unterschätzen. Die wirkliche Einigkeit von menschlichen Organisationen zeigt sich immer am besten in der praktischen Arbeit des Tages und nicht durch öffentliche Erklärungen oder gemeinsame Feiern. So stellt der Gesetzantrag über die Feststellung der Schäden ein Zeichen dar für das Zusammenstehen und Zusammenwirken der beiden größten Organisationsformen von uns Heimatvertriebenen.

Für die Landsmannschaften hat aber das genannte Gesetz noch eine ganz besondere Bedeutung. Wird es angenommen, wird es durchgeführt, so werden die Landsmannschaften in stärkstem Maße am Ablauf der Schadensfeststellung beteiligt. Ihnen erwächst eine Aufgabe von einer staatspolitischen Bedeutung, die beachtlich ist. Zugleich werden die Landsmannschaften durch ihre Mittlerrolle an die Aufgabe herangeführt, in eine enge Verbindung mit all denjenigen einzutreten, die in den Lastenausgleich so oder anders einbezogen werden. Da der Hundertsatz der ehemals Besitzenden oder Selbständigen unter uns Heimatvertriebenen wesentlich höher liegt, als in Westdeutschland, wird ein Großteil der Heimatvertriebenen so oder anders in die Arbeit der Schadensfeststellung hineingestellt werden.

Es ist unbestreitbar, daß die Schadensfeststellung mit möglichst geringen finanziellen Aufwendungen und mit einem möglichst umgrenzten verwaltungsmäßigen Apparat durchgeführt werden muß. Das sind Selbstverständlichkeiten für uns Heimatvertriebene. Wir werden beweisen, daß wir, geleitet von den Grundsätzen der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung, mit geringstem Aufwand eine Arbeit leisten werden, die an sich weit über den Rahmen einer privaten organisatorischen Tätigkeit hinausgeht.

Wie der Schäffersche Lastenausgleich aussehen soll

Der Name Schäffer ist zu einem Schlagwort geworden. Zahlreiche Heimatvertriebene sehen rot, wenn sie diesen Namen hören. Dieses ist kein Wunder, denn es gibt kaum einen Mann in Westdeutschland, der so konsequent, so böswillig und so gehässig gegen die Heimatvertriebenen aufgetreten wäre wie der Bundesfinanzminister.

Das, was sich in den letzten vierzehn Tagen im Hinblick auf den Lastenausgleich abgespielt hat, stellt die oben erwähnte Tatsache von neuem unter Beweis.

Wir haben an dieser Stelle fortlaufend über die Entwicklung, welche die Angelegenheit des Lastenausgleichs genommen hat, berichtet. Unsere Leser wissen, daß Anfang Juni der Bundesfinanzminister beauftragt wurde, entsprechend den Unkeler Beschlüssen, d. h. der Vereinbarung der Regierungsparteien über den Lastenausgleich, einen diesbezüglichen Gesetzantrag in kurzer Frist (vierzehn Tage) auszuarbeiten und dem Kabinett vorzulegen. Bevor die Beschlüsse in Unkel zustande kamen, hatte Schäffer von sich aus Vorschläge zum Lastenausgleich ausgearbeitet, die in der Oeffentlichkeit verlautbart und von den Heimatvertriebenen strikt abgelehnt wurden.

Die Vereinbarungen von Unkel stellten Grundsätze dar, die in allgemeinen Formulierungen zusammengefaßt waren. An sich enthielten sie Richtlinien, die von den Heimatvertriebenen im allgemeinen angenommen werden konnten.

Sehr bald, nachdem das Bundesfinanzministerium sich an die Ausarbeitung des Gesetzantrages gemacht hatte, hörte man, daß dieses geplante Gesetz in erheblichem Maße von den Beschlüssen in Unkel abweiche. Das waren Gerüchte, die in Bonn verbreitet wurden und denen nach der bisherigen Haltung von Schäffer eine Glaubwürdigkeit kaum abgesprochen werden konnte.

Es verging eine Woche nach der anderen; offiziell verlautete immer noch nichts von Seiten des Bundesfinanzministers. Dann wurde bekannt, daß der Gesetzentwurf ausgearbeitet sei, aber wohlverwahrt in der Schublade der Fachreferenten des Ministeriums bzw. des Finanzministers ruhe.

Man fragte sich natürlich, warum der Gesetzantrag von Herrn Schäffer weder dem Bundesministerium für Vertriebene noch den Vertretern der Vertriebenen zur Einsicht zugeleitet würde. Beides war von Seiten Herrn Schäffers zugesagt worden. Bald wurde jedoch bekannt, worauf diese Geheimniskrämerei zurückzuführen war: auf den einfachen Umstand nämlich, daß die Wahlen in Schleswig-Holstein bevorstanden und Herr Schäffer von der Bekanntmachung seines Gesetzantrages eine verheerende Wirkung in Schleswig-Holstein befürchtete. Dieser üble Wahltrick ist dem Minister nicht ausgekommen. Durch eine Indiskretion, deren Quelle verschwiegen worden ist, ist der wesentliche Inhalt des neuen Schäfferschen Gesetzantrages vor den Wahlen in Schleswig-Holstein bekanntgeworden. In einem hat sich Herr Schäffer nicht geirrt: die Vorschläge, die er in seinem neuen Antrag macht, werden von den Heimatvertriebenen mit Empörung und Erbitterung zurückgewiesen. Die Wahlen in Schleswig-Holstein haben Herrn Schäffer die Antwort erteilt, die ihm zukommt. Die Partei des Bundesfinanzministers hat den stärksten Rückgang an Wahlstimmen aufzuweisen.

Was hat nun Herr Schäffer vorgeschlagen? Wir wollen unsere Leser nicht mit einer Aufzählung der verschiedenen Steuerarten ermüden, die der Schäffersche Gesetzantrag vorsieht, es sind ihrer sechs. Unterstreichen wollen wir, daß Herr Schäffer glaubt, den Lastenausgleich mit einer jährlichen Aufbringung von 1,5 Milliarden DM im Laufe von 22 Jahren erledigen zu können. Für die Soforthilfe, deren Unzulänglichkeit jeder von uns kennt, waren 2,5 Milliarden jährliche Einnahmen vorgesehen. So sieht also der Schäffersche Plan aus!

Eingriffe in das Vermögen waren in diesem Plan überhaupt nicht vorgesehen; er war aufgebaut auf einer rein geldlichen Basis, auf einer schonenden Behandlung der jährlichen Erträge der Wirtschaft. Mit anderen Worten: 22 Jahre lang sollten die Be-

sitzer von Vermögen eine bescheidene Steuer zahlen, ohne auch nur im Kleinsten einen wirklichen Anteil ihres Vermögens abgeben zu müssen, und dann wäre der Lastenausgleich erledigt gewesen. Die Sachwertbesitzer hätten ihr Vermögen unangetastet durch den Lastenausgleich gerettet, und die Entschädigungsberechtigten wären nach 22 Jahren im besten Falle mit leeren Händen dagestanden. Wahrscheinlich aber wären sie sehr viel früher völlig aufs Glatteis geführt worden, denn eine rein geldliche Erledigung von Schuldverpflichtungen endet in unserer schnellebigen Zeit sehr oft und sehr bald in einem Nichts.

Auf der Verteilungsseite sah der Plan von Herrn Schäffer eine ganze Reihe von sogenannten Ausgleichsmöglichkeiten vor. Auch hierbei wollen wir unsere Leser nicht mit Einzelheiten langweilen, sondern wir wollen nur einen praktischen Fall herausgreifen, und zwar den eines Heimatvertriebenen, der wieder zu Arbeit und Brot gekommen ist. Unabhängig davon, welches Vermögen diese Person in der Heimat besessen hat, wäre jetzt nach dem Schäfferschen Plan unter bestimmten Voraussetzungen ein Ausgleich nur in dem Ausmaß möglich, daß dieser Heimatvertriebene als „Hauptgeschädigter" unter günstigsten Umständen 400 DM Hausrathilfe, seine Frau 200 DM und ein Kind 100 DM erhalten kann! Man denke diesen Fall einmal wirklich durch, und dann wird man mit uns einig gehen, daß man für Herrn Schäffer letzten Endes nur noch ein Achselzucken übrig haben kann. Ernst nehmen kann man solche Vorschläge beim besten Willen wirklich nicht!

Es ist als sicher anzusehen, daß der Plan des Herrn Schäffer schon im Schoß der Bundesregierung auf heftige Gegnerschaft stoßen wird. Man möchte fast glauben, daß er selbst in einer Kompromißform nicht in den Bundestag gelangen wird. Nach dem Ergebnis der Wahl in Schleswig-Holstein kann man hoffen, daß die einsichtigen Kräfte in Bonn das ihre dazu beitragen werden, um zu einer vernünftigen und anständigen Regelung in der Frage des Lastenausgleichs zu kommen.

Vertrieben und arbeitslos

Ein Gespräch mit Bundesarbeitsminister Storch

Unter den z. Zt. noch 1,5 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik befinden sich zu einem verhältnismäßig hohen Prozentsatz Vertriebene und Flüchtlinge.

Unser Bonner Vertreter legte daher dem Bundesarbeitsminister Storch die grundsätzliche Frage vor, welche Maßnahmen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter den Vertriebenen vorgesehen seien.

In einer längeren Unterredung wies der Minister darauf hin, daß sich alle zuständigen Stellen darin einig seien, daß eine generelle Lösung des Arbeitslosenproblems nur dann möglich sei, wenn es gelingt, das Wirtschaftsplateau zu erweitern. Unsere Grundstoffindustrie ist noch nicht genug ausgeweitet, um 48 Millionen Menschen Arbeits- und damit Lebensmöglichkeit zu geben. Gerade in diesen Tagen finden erneut Verhandlungen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften über diesen Fragenkomplex statt, und man werde ohne Zweifel neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Den Hinweis auf die besondere Notlage der Vertriebenen in den sogenannten Flüchtlingsländern beantwortete der Minister dahin, daß ein Ausgleich durch Umsiedlung zwar notwendig sei, daß aber gleichzeitig die Industrien in diesen Ländern sehr gefördert werden müssen. Wenn Nordrhein-Westfalen z. B. an Schleswig-Holstein 100 Millionen zahle, dann versickern diese gegenwärtig in der Fürsorge. Es muß versucht werden, mit derartigen Mitteln Betriebe und auch Ausbildungswerkstätten für Facharbeiter zu schaffen. In Wattenstedt-Salzgitter habe die Regierung jetzt endlich die große Gießerei freibekommen, aber man habe keine Fachkräfte. Ein Teil der vertriebenen wie der einheimischen Jugend stürze sich in die technischen Modeberufe, die schon überfüllt seien, während man z. B. Bauhandwerker, Dachdecker, Former und Gießer dringend benötige. Für die Industrieländer ist es notwendig und auch bereits vorgesehen, den Verkehr so zu verbessern, daß die Anfahrtswege bis zu 100 km für die Arbeiter nicht einen derartigen Zeitverlust und Kräfteverbrauch mit sich bringen wie bisher, da man die großen Industriezentren nicht noch stärker bevölkern kann. Umgekehrt fehlen in der Landwirtschaft 200 000 Arbeitskräfte, ein Uebelstand, dem man ohne tarifliche Aenderungen kaum beikommen wird.

Auf die Frage, ob nicht die Eingliederung in die Wirtschaft dadurch beschleunigt werden könne, daß mittlere und größere Betriebe die Auflage bekämen, Vertriebene entsprechend zu berücksichtigen, antwortete der Minister, daß er eine prozentuale Eingliederung in Wirtschaft und Verwaltung grundsätzlich bejahe, für die Wirtschaft jedoch nur auf der Basis der Freiwilligkeit. Er persönlich unterlasse es nie, die Betriebe immer wieder auf diese Verpflichtung hinzuweisen, und zwar aus der Erwägung heraus, daß die Jugendlichen der Vertriebenen fachlich gut ausgebildet sein müssen im Betrieb wie im Büro, um bei einer Rückkehr in die Heimat den schwierigen Aufgaben gewachsen zu sein. Auf meine erstaunte Bemerkung, daß man uns als Phantasten bezeichnet, wenn wir von Rückkehr sprechen, entgegnete der Minister: „Das ist doch die natürlichste Lösung des ganzen Vertriebenenproblems." Wir besprachen dann noch die Möglichkeiten der Aufbauhilfe und über andere Kredite, aber auch über die Schwierigkeiten, die oft seitens der Länder und speziell der Behörden den Vertriebenen gemacht werden. Auch diese Schwierigkeiten würden sich geben, erklärte der Minister, wenn durch die stärkere Finanzierung durch den Bund auch dessen Einfluß größer wird. Abschließend unterstrich er ganz besonders die Eigeninitiative jedes Vertriebenen, der mit der Freizügigkeit wieder Raum gegeben sei, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß im Zusammenwirken aller bisherigen wie der vorbereiteten Maßnahmen auch das Los der Vertriebenen sich bessern werde.

Vizekanzler Blücher erklärte unserem Vertreter zu dem gleichen Thema, daß man auf dieser Tagung übereingekommen sei, auch die strukturelle Arbeitslosigkeit in den beteiligten Ländern gemeinsam zu lösen. Für die vertriebenen Land- und Facharbeiter wie auch Siedler ergeben sich hieraus neue Möglichkeiten.

Das Bekenntnis von Düsseldorf

12 000 begehen den 30. Jahrestag der Abstimmung

Rund 12 000 Ost- und Westpreußen legten am 16. Juli in Düsseldorf ein machtvolles Bekenntnis zu ihrer Heimat ab. Kopf an Kopf saßen über 6000 Heimatvertriebene im Saal der Rheinhalle, Tausende fanden keinen Einlaß mehr und lauschten draußen der Lautsprecherübertragung.

Vorn auf der Bühne hatte ostpreußische Erde in einem Kästchen ihren Platz gefunden, von brennenden Kerzen — wie ein Heiligtum — flankiert. Feierliche Klänge von Beethoven bildeten den Auftakt. Der Ostpreußenchor unter Leitung von Wilhelm Nöckel brachte „Gnädig und barmherzig ist der Herr" und leitete über zur Totenehrung. Der Vorsitzende des Landesarbeitsausschusses Nordrhein-Westfalen Grimoni-Düsseldorf, gedachte derer, die für die ostdeutsche Heimat ihr Leben ließen, aber auch derer, die auf der Flucht in den Fluten des Frischen Haffs oder in der Ostsee ihr Grab fanden.

Mächtig erscholl, vom Ostpreußenchor vorgetragen, „Die Himmel rühmen ..." Sodann begrüßte Vorsitzender Grimoni alle Landsleute und Ehrengäste. Grimoni richtete an die westdeutsche Bevölkerung ernste Worte: „Euer Schicksal ist mit dem unsrigen auf das engste verbunden! Unser Tod bedeutet nicht Euer Leben! Wenn das christliche Abendland sich nicht endgültig preisgeben will, müssen Europa und die übrige christliche Welt dieses verloren gegangene Land wiedergewinnen!"

Ministerialdirektor Dr. Wegener überbrachte die Grüße und Wünsche der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung wünsche, daß sich die Heimatvertriebenen nicht als Flüchtlinge fühlten und auch nicht als solche behandelt würden. „Was Ihnen an Leid und Schicksal zugestoßen ist, kann morgen auch über andere deutsche und europäische Menschen kommen!"

Oft von Beifall unterbrochen, betonte der Düsseldorfer Regierungspräsident Baurichter die Notwendigkeit, in der praktischen Arbeit für die Heimatvertriebenen zu Erfolgen zu kommen. „Wir wollen nicht die Heimatvertriebenen auf das „Jenseits" der Oder-Neiße-Linie vertrösten, um uns vor unseren sozialen Verpflichtungen zu drücken!"

Nach der Rede von Dr. Gille, die wir an anderer Stelle dieser Folge veröffentlichen, erklang zum Schluß das gemeinsame Lied „Land der dunklen Wälder", das von den Tausenden stehend gesungen wurde.

Den Nachmittag füllten Delegiertentagungen aus, die über die Möglichkeit berieten, Kulturarbeit auf breiterer Basis zu betreiben. Am Abend traf man sich im schönen Robert-Schumann-Saal zu einer großen Kulturveranstaltung, deren Höhepunkt ein Vortrag von Prof. Dr. Lamberts-Göttingen über die Kolonisation des Ostens bildete. Der Farbtonfilm „Wunder am Meer" führte zurück in die Heimat und in unvergeßliche Erinnerungen.

Herausgeber: Walter Ostermann, Hannover, Am Taubenfelde 1, Tel. 26 138, als Sequester
Sendungen für die Schriftleitung: (24a) Hamburg-Bahrenfeld, Postfach 20.
„Wir Ostpreußen" erscheint zweimal im Monat. Bezugspreis: 55 Pfg. und 6 Pfg. Zustellgebühr. Einzelverkaufspreis 35 Pfg. Postscheckkonto Hamburg 83—011 C. E. Gutzeit.
Anzeigenverwaltung und -annahme und Druck: Rautenberg & Möckel, (23) Leer (Ostfriesland), Norderstr. 29/31.
Z. Zt. Anzeigenpreisliste 4 gültig.